

Europas schmutzige Umarmung der israelischen Besatzung

David Cronin, electronicintifada.net, 23.12.22

Erfüllt die bevorstehende Rückkehr von Benjamin Netanjahu als israelischem Ministerpräsident die Vertreter der Europäischen Union mit Grausen? Es wäre naiv, dies zu glauben.

Fast alle Gespräche über „Terrorismus“ im Staat Israel beziehen sich auf die unerbittliche Unterdrückung der Palästinenser. Jede Form des Widerstands – ob bewaffnet oder nicht – wird von Israel als „Terrorismus“ betrachtet.

Den Cappuccino schlürfenden Sophisten in Brüssel wäre es zweifellos lieber, wenn der neuen israelischen Koalition kein waffenschwingender Faschist wie Itamar Ben-Gvir angehören würde und wenn die Aussicht auf eine formelle Annexion der Siedlungsblöcke in der Westbank nicht auf der Tagesordnung stünde (1).

Tatsache ist jedoch, dass Netanjahu die meiste Zeit der vergangenen 13 Jahre an der Macht war. In dieser Zeit hat die EU wichtige Schritte zur Stärkung ihrer Zusammenarbeit mit dem Staat Israel unternommen.

Die Zusammenarbeit wurde auf unakzeptable und heimliche Weise intensiviert, während die Schlagzeilen in den Zeitungen den Eindruck erweckten, dass die EU und Israel ständig aneinandergeraten sind (2).

Aus Dokumenten, die aufgrund eines Antrags auf Informationsfreiheit veröffentlicht wurden, geht hervor, dass Delegationen der israelischen Polizei *Europol*, die EU-Agentur zur Verbrechensbekämpfung, zwischen 2017 und 2021 bei mindestens fünf Gelegenheiten besucht haben (3).

Mindestens zwei dieser Delegationen wurden von Roni Alsheikh, dem damaligen israelischen Polizeipräsidenten, geleitet.

Alsheikh führte eine Polizeieinheit, die sich offen auf die Seite jüdischer Extremisten stellte, die islamische heilige Stätten im besetzten Ost-Jerusalem zerstören wollten (4).

Im Einklang mit Netanjahu beeilte sich Alsheikh, Palästinenser, die von Offizieren unter seinem Kommando getötet wurden, als „Terroristen“ zu bezeichnen (5).

Es gibt zahlreiche Beweise dafür, dass Alsheikh eine Strategie verfolgte, die Toten zu verleumden, bevor ihre Leichen kalt wurden. Als die Polizei Umm al-Hiran, eine innerhalb des Staates Israels lebende palästinensische Gemeinde, angriff und Yaqoub Abu al-Qiyan tötete, als er im Januar 2017

versuchte, aus dem Dorf herauszufahren, log Alsheikh, indem er behauptete, das Opfer habe die Polizei angegriffen.

Seine Lügen blieben die offizielle Version der Ereignisse, selbst als Menschenrechtsbeobachter nachweisen konnten, dass es sich um falsche Behauptungen handelte.

Die EU belohnte ihn für seine Lügen.

Im Jahr 2018 unterzeichnete Alsheikh eine „Arbeitsvereinbarung“ mit *Europol*. Die „Vereinbarung“ ermöglicht es beiden Seiten, bei Kriegsverbrechen und Terrorismus zusammenzuarbeiten (6).

Eingefroren?

Ein weiteres Abkommen über den Austausch personenbezogener Daten zwischen *Europol* und dem Staat Israel wurde im September dieses Jahres geschlossen.

Die Tel Aviver Zeitung *Haaretz* berichtete kürzlich, die EU habe Israel Anfang Dezember mitgeteilt, dass sie diese Vereinbarung „einfriere“ (7). Die *Haaretz*-Geschichte war übertrieben.

Ein Beamter der Europäischen Kommission – der Exekutive der EU – sagte mir, das im September erzielte Abkommen sei „vorläufig“ und auf „technischer Ebene“ abgeschlossen worden.

Als das Abkommen anschließend von den 27 EU-Regierungen erörtert wurde, wurden laut dem Beamten, der um Anonymität bat, „Bedenken“ bezüglich der „Territorialklausel“ in dem Abkommen geäußert. Daraufhin habe die Europäische Kommission Israel darüber informiert, dass eine weitere Verhandlungsrunde notwendig sei, um weitere Elemente des Vertragsentwurfs zu klären, so der Beamte weiter.

Anders als von *Haaretz* dargestellt, bedeutet dies nicht, dass das Abkommen eingefroren wurde. Vielmehr deutet es darauf hin, dass einige EU-Länder ein paar Formulierungen in dem Abkommen ändern wollen. Das im September ausgehandelte Abkommen sollte eigentlich die Alarmglocken läuten lassen (8).

Es verwendet einen beschönigenden Ausdruck, wenn es um die besetzte Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem, Gaza und die Golanhöhen geht. Sie werden als „die geografischen Gebiete, die nach Juni 1967 unter israelische Verwaltung kamen“ bezeichnet.

Das Abkommen würde es dem Staat Israel erlauben, die von *Europol* in diesen „geografischen Gebieten“ erhaltenen Daten für eine Vielzahl von Zwecken zu nutzen. Solche Daten dürfen in der Westbank, im Gazastreifen und auf dem Golan mit Zustimmung von *Europol* verwendet werden, wenn sie „für die Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten erforderlich“ sind.

Während die EU-Regierungen tatsächlich gegen solche unbefristeten Klauseln Einspruch erheben sollten, greifen ihre „Bedenken“ offenkundig zu kurz. Jede Form der Zusammenarbeit mit der israelischen Polizei bedeutet die Akzeptanz einer Besatzung. Das Hauptquartier der Polizei befindet

sich in Ostjerusalem. Wäre die EU wirklich entschlossen, die israelische Kolonisierung Ostjerusalems abzulehnen, würde sie die israelische Polizei komplett meiden (9).

Die Brüsseler Bürokratie ist weit davon entfernt, die israelische Polizei zu umgehen, sondern hat den Staat Israel als „strategisches Partnerland“ für die polizeiliche Zusammenarbeit eingestuft.

Die Zusammenarbeit mit der israelischen Polizei scheint nicht die einzige Art und Weise zu sein, wie die EU mit den Besatzungstruppen in der Westbank und im Gazastreifen kooperiert.

Seit 2015 führt die EU „Anti-Terrorismus-Dialoge“ mit dem Staat Israel (10).

Diese Gespräche fanden unter strengster Geheimhaltung statt, aber nachdem ich Anträge auf der Grundlage von Informationsfreiheit gestellt hatte, habe ich einige Dokumente über diese Gespräche erhalten. Die Dokumente zeigen, dass die EU bei diesen „Dialogen“ auf hoher Ebene vertreten war.

Zu den Teilnehmern an solchen „Dialogen“ gehören Ilkka Salmi, der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, und sein Vorgänger Gilles de Kerchove. Laurent Muschel, ein hoher Beamter der Europäischen Kommission, und Pawel Herczynski, ein erfahrener polnischer Diplomat, haben ebenfalls teilgenommen (11).

Nicht akzeptabel

Die EU hat sich geweigert, eine Liste der israelischen Teilnehmer an diesen Gesprächen vorzulegen oder auch nur mitzuteilen, für welche Behörden sie arbeiten.

Solche Gespräche, so der diplomatische Dienst der EU, „finden in einem Zusammenhang mit absoluter Vertraulichkeit statt“. Die Bekanntgabe weiterer Einzelheiten würde „die Beziehungen zwischen der EU und Israel ernsthaft schädigen“, fügte der diplomatische Dienst hinzu. Bezeichnenderweise hat die EU nicht dementiert, dass das israelische Militär und die israelische Polizei an diesen Gesprächen beteiligt sind. Es ist unmöglich, sich vorzustellen, dass diese Kräfte nicht in irgendeiner Weise beteiligt sind.

Fast alle Gespräche über „Terrorismus“ im Staat Israel beziehen sich auf die unerbittliche Unterdrückung der Palästinenser. Jede Form des Widerstands – ob bewaffnet oder nicht – wird von Israel als „Terrorismus“ betrachtet.

Der Staat Israel ging so weit, Kinder- und Menschenrechtsgruppen des Terrorismus zu beschuldigen (12).

Insgeheim mögen EU-Beamte einen Teil der israelischen Rhetorik als absurd empfinden. Doch indem die EU den „Anti-Terrorismus-Dialogen“ Vorrang einräumt, legitimiert sie diese Absurdität.

Itamar Ben-Gvir wird bald Israels Minister für nationale Sicherheit werden (13). In seinem Ressort ist er für die Aufsicht über die israelische Grenzpolizei zuständig, ein Teil der Kräfte der brutalen Besatzung der Westbank.

Die Brüsseler Elite mag Ben-Gvirs plumpen antipalästinensischen Rassismus nicht gutheißen. Zweifellos ist einigen Mitgliedern dieser Elite bekannt, dass er 2007 vom israelischen Gerichtssystem wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurde (14). Einige wissen wahrscheinlich auch, dass der bereits erwähnte Ronnie Alsheikh die Politik Ben-Gvirs für gefährlich hält (15).

Dennoch steht die EU nun vor der Entscheidung, ob sie mit einer israelischen Regierung, in der ein wegen Unterstützung des Terrorismus verurteilter Minister sitzt, „Antiterrorismus-Dialoge“ führen soll.

Ich habe den diplomatischen Dienst der EU gefragt, ob die Bildung einer neuen Regierung irgendwelche Auswirkungen auf die „Dialoge“ haben wird. „Im Interesse des Schutzes der EU-Bürger und des Kampfes gegen den Terrorismus ist es unsere Absicht, diese Dialoge fortzusetzen“, antwortete der diplomatische Dienst.

Diese Antwort ist absurd.

Die EU sagt damit, dass die Sicherheit ihrer eigenen Bürger von der Zusammenarbeit mit einem atomar bewaffneten Apartheidstaat abhängt.

Reichen Sie jetzt die Spuckschüssel !

Quelle: <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/europes-dirty-embrace-israels-occupation>

1. <https://www.jpost.com/middle-east/article-725514>
2. <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/has-eu-really-caused-earthquake-israel>
3. <https://www.europol.europa.eu/publications-events/publications/europol-israeli-police-meeting-agendas-1-january-2017-and-22-november-2022>
4. <https://electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/police-encourage-right-wing-plans-seize-jeruselems-al-aqsa>
5. <https://electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/israel-framed-slain-palestinian-islamic-state-terrorist>
6. <https://www.timesofisrael.com/israel-and-eu-ink-agreement-on-fighting-organized-crime/>
7. <https://www.haaretz.com/israel-news/2022-12-06/ty-article/.premium/eu-freezes-europol-ties-over-incoming-government-policies-israeli-sources-say/00000184-e921-d4c7-a786-edf786380000>
8. <https://www.statewatch.org/media/3580/eu-europol-israel-agreement-wk-12569-22.pdf>

9. <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/eu-admits-teaming-israeli-police-enables-mass-surveillance>
10. <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/leaked-paper-proves-eu-has-sidelined-palestinian-rights>
11. https://www.eeas.europa.eu/georgia/about-ambassador_en?s=221
12. <https://electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/israel-sinks-new-low-smearing-slain-children-terrorists>
<https://electronicintifada.net/content/israel-declares-war-palestinian-rights-groups/34166>
13. <https://www.reuters.com/world/middle-east/netanyahus-party-signs-first-coalition-deal-with-israeli-far-right-2022-11-25/>
14. <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3417226,00.html>
15. <https://www.jewishpress.com/news/israel/the-knesset/ben-gvir-bill-goes-to-committee-police-chief-to-testify/2022/12/14/>

.....

Zum im September 2022 zwischen *Europol* und der israelischen Polizei abgeschlossenen Abkommen, das voraussichtlich nach geringfügigen Änderungen doch umgesetzt wird, siehe auch den am 4. November 2022 erschienen Artikel von Matthias Monroy in netzpolitik.org.
<https://netzpolitik.org/2022/neues-polizeiabkommen-europol-will-mit-israel-biometrische-daten-austauschen/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de